



Anti-Islamische Reaktionen in der EU nach den Terroranschlägen gegen die USA

Eine Zusammenstellung von Länderberichten der nationalen Anlaufstellen von RAXEN

**Zweiter Bericht: Reaktionen im Zeitraum vom 25. September
bis 19. Oktober**

Wien, 20. November 2001

Zusammenfassung

Nach den tragischen Terroranschlägen in den USA vom 11. September hielt es das EUMC für notwendig, die Zivilgesellschaften in Europa auf eventuelle Veränderungen der Einstellungen gegenüber Minderheiten zu untersuchen. Auf der Grundlage nationaler Berichte des RAXEN-Netzwerks nationaler Anlaufstellen hat das EUMC am 9. Oktober 2001 einen ersten, kurzfristigen Bericht über antiislamische Reaktionen in allen Ländern der Europäischen Union veröffentlicht.

Das EUMC hat eine Auswertung des ersten Berichts und die weitere genaue Beobachtung der Situation mindestens bis zum Jahresende 2001 beschlossen, um Einstellungen und Ereignisse im Zusammenhang mit muslimischen/islamischen Gemeinschaften und anderen gefährdeten Gruppen langfristiger und regelmäßig verfolgen zu können.

Der vorliegende Bericht erfasst den Zeitraum vom 25. September bis zum 19. Oktober. Es handelt sich um eine Zusammenstellung redaktionell bearbeiteter Länderberichte, die dem Wunsch des EUMC gemäß insbesondere folgende Themen behandeln:

- Gewalttaten oder Angriffe sowie Veränderungen in der Einstellung der EU-Bürger gegenüber ethnischen, kulturellen oder religiösen Minderheiten (insbesondere muslimische/islamische Gemeinschaften, aber auch andere gefährdete Gruppen oder bisher nicht Betroffene) im Zusammenhang mit den jüngsten Terroranschlägen in den USA;
- beispielhafte Praktiken und positive Fallstudien, deren Anwendung bzw. Erstellung den Abbau von Vorurteilen und Gewalt zum Ziel hatte;

- Reaktionen von Politikern und anderen Meinungsführern unter Einbeziehung von Initiativen, die Polarisierungen verringern und negativen nationalen Trends entgegenwirken sollen.

Dazu gingen aus 14 Mitgliedstaaten Antworten ein. Hierbei sollten jedoch die unterschiedlichen Systeme der Mitgliedstaaten zur Datenerfassung berücksichtigt werden: Einige Staaten verfügen über ein sorgfältig durchdachtes und umfassendes System, das in anderen völlig fehlt.

Anhand dieser Berichte können einige allgemeine Beobachtungen formuliert werden:

- **Gewalttaten/Angriffe:**

In den meisten Ländern war lediglich eine geringe Zahl tätlicher Angriffe gegen Angehörige von Minderheiten zu verzeichnen, mit Ausnahme von Dänemark und den Niederlanden.

Aus den meisten Ländern wurde jedoch über zahlreiche verbale Angriffe berichtet, die folgende Formen annahmen:

- o verbale Belästigung,
- o direkte verbale Angriffe,
- o Beleidigungen und Drohungen per Telefon oder Post,
- o verbale Beschimpfungen im Internet usw.

Ziele waren vor allem muslimische Organisationen und Menschen arabischer Herkunft, aber auch Menschen mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund.

- **Veränderungen in der Einstellung der EU-Bevölkerung:**

Hier bietet sich ein recht uneinheitliches Bild: In einigen Ländern ergaben Meinungsumfragen, dass die Mehrheit der Bevölkerung ihre Meinung zum Islam infolge der Terroranschläge nicht geändert hat. In anderen Ländern sind jedoch Anzeichen für eine mögliche Verschlechterung der Situation vorhanden.

Aus verschiedenen Ländern gingen auch Informationen ein, wonach Bürger der EU-Mitgliedstaaten ihre Unterstützung für muslimische Organisationen zum Ausdruck brachten, interkulturelle Treffen und Diskussionen sowie organisierte Besuche in Moscheen und islamischen Kulturzentren durchgeführt wurden (Österreich, Finnland, Deutschland, Irland, Italien, Niederlande).

Allgemein kann auch festgestellt werden, dass in den meisten Ländern ein großes und erneutes Interesse insbesondere an der islamischen Kultur zu verzeichnen ist. Beleg hierfür sind die große Zahl öffentlicher Diskurse, Medienberichte, Neuauflagen von Büchern (insbesondere des Koran), die muslimische Kulturen zum Gegenstand haben. Jedoch ist dies nicht notwendigerweise mit erhöhter Akzeptanz gleichzusetzen.

Andererseits hat sich in allen Ländern eine latente Islamophobie die gegenwärtigen Umstände zunutze gemacht und findet ihren Ausdruck in den erwähnten verbalen und tätlichen Angriffen. Diese Ereignisse und andere Anzeichen (z. B. die Ergebnisse von Meinungsumfragen in den Niederlanden) scheinen darauf hinzudeuten, dass in einigen Ländern noch immer eine große Kluft zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den Minderheiten besteht.

In mehreren Berichten (Österreich, Deutschland, Niederlande, Portugal, Schweden) wird auf die Tatsache verwiesen, dass sich Muslime von Misstrauen und Zurückhaltung umgeben sehen und sie permanent aufgefordert werden, ihre Missbilligung des Terrorismus zum Ausdruck zu bringen. Im Ergebnis der zunehmenden Aufmerksamkeit der – nicht in jedem Fall vorurteilsfreien – Medien und der Polizei könnte sich bei den Minderheiten ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit breit machen.

- **Beispielhafte Praktiken zum Abbau von Vorurteilen:**

Wie in den ersten Tagen nach den Terroranschlägen haben nationale Einrichtungen und Regierungen in vielen Mitgliedstaaten weiterhin ihre Solidarität und Unterstützung für die islamische Gemeinschaft unter Beweis gestellt, um die Möglichkeit einer Identifizierung mit dem Terrorismus auszuschließen. Dazu dienten Erklärungen, Reden und Treffen mit islamischen und anderen führenden Glaubensvertretern.

In einigen Mitgliedstaaten wurden Kampagnen für interkulturelle Toleranz und Dialog gestartet und Plattformen für den interkulturellen Dialog geschaffen (Belgien, Dänemark, Deutschland, Irland, Italien, Niederlande).

- **Reaktionen von Politikern und anderen Meinungsführern:**

Der Anschlag und seine Folgen haben weiterhin großen Einfluss auf den politischen Meinungs austausch in den meisten EU-Ländern. Die meisten politischen Kräfte haben die Linie der Verständigung und der Solidarität mit der islamischen Gemeinschaft beibehalten, die sich unmittelbar nach dem 11. September herauskristallisiert hatte.

Allerdings haben in dem Maß, wie der Schock der Anschläge abklingt, verschiedene politische Kräfte begonnen, aus dem Ereignis Kapital zu schlagen. So wurde insbesondere die Frage der Sicherheit in mehreren Ländern, in denen der Ruf nach Einschränkungen in der Zuwanderung oder strengeren Überprüfungen von Ausländern laut geworden war, eng mit der Zuwanderung verknüpft (Österreich, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal). Dies trägt zur Herausbildung einer von Unsicherheit und Intoleranz geprägten Atmosphäre bei, insbesondere in solchen Fällen, in denen Muslime als eine „interne Sicherheitsbedrohung“ hingestellt werden.

In einer Reihe von Ländern (Griechenland, Irland, Italien, Niederlande, Portugal) wurde auch die Einstellung von einigen Medienvertretern in Frage gestellt, da bestimmte Initiativen und der Tenor einiger Berichte den Vorwurf laut werden ließen, zur dauerhaften Ausprägung von Klischees bzw. sogar zur Auslösung von Feindschaft und Voreingenommenheit beizutragen.

Allgemeine Schlussfolgerungen

Die allgemeine Einstellung von EU-Bürgern gegenüber Minderheiten ist ambivalent. Es wurden sowohl positive Entwicklungen (interkultureller Dialog, verstärktes Interesse an der islamischen Kultur) als auch negative Entwicklungen (Vorfälle von Islamophobie; einige Versuche, die Zuwanderung als eine Bedrohung für das gesellschaftliche Leben in der EU darzustellen) festgestellt.

Die Zeit ist natürlich noch nicht reif für allgemeine Schlussfolgerungen, jedoch wird in einigen Berichten darauf hingewiesen, dass Politiker und andere Meinungsführer eine entscheidende Rolle im Hinblick auf die Beeinflussung der künftigen Orientierung der öffentlichen Meinung spielen.